

Voilà, die von Ihnen erbetene(n) Leseprobe(n)...

...über den Sie interessierenden Geldbrief.

Konkrete Börseninformationen (Kauf, Verkauf und das TOP-TEN-Depot) gibt es nur im Geldbrief für Geldbrief-Abonnenten.



Leseprobe Geldbrief 10/2010

Bitte beachten: Konkrete Börseninformationen (Kauf, Verkauf und das TOP-TEN-Depot) gibt es nur im Geldbrief für Geldbrief-Abonnenten. http://www.marketlettercorp.com/product_info.php?cPath=27&products_id=154

Recht vertraulich: Euro-Lügen & Bullshit

Bullshit oder Lüge?

Den Unterschied definierte Princeton-Philosoph Harry Frankfurt vor ein paar Jahren wie folgt: Ein Lügner erzählt absichtlich die Unwahrheit. Ein „Bullshiter“ hingegen schert sich nicht um die Wahrheit, sondern versucht nur andere zu beeindrucken. Kein Wunder, dass es aktuell insbesondere in Sachen „Euro“ viel Lügen, Suche nach Wahrheit und eben viel „Bullshit“ zu vermehren gilt.

Eher Bullshit ist, was der deutsche Effecten-Spiegel derzeit auf ganzseitigen Anzeigen publiziert: Dort wiederholt man die leidlich bekannten Aussagen des verstorbenen Euro- Kritikers Bolko Hoffmann. Bekanntlich prognostizierte dieser seit 1997 das Euro-Desaster, wonach der Euro stürzt ... und stürzt ... und stürzt und nur die Rückgängigmachung des Euro-Wahns die Wirtschaft wieder in Schwung bringe. Zumindest für die deutsche Wirtschaft war der Euro (bei allen Problemen und „Webfehlern“) bislang kein Nachteil:

Zunächst einmal die harten Fakten: Richtig ist, dass der Euro (gestartet mit einem Kurs von 1.18) zunächst gegenüber dem Dollar bis zu einem Preis von 0.83 im Jahre 2000 an (Aussen-) Wert verlor. Richtig ist aber auch, dass der anfangs schwache Euro seinerzeit – zu Recht – insbesondere für die deutsche Exportwirtschaft als willkommenes Konjunkturprogramm gesehen wurde. Von 2000 bis 2008 kletterte der Euro dann bis 1.60 und insbesondere Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi wurden nicht müde zu betonen, dass der überbewertete „sehr starke Euro“ der Wirtschaft des Euro-Raums weh tue. Und aktuell? Der Euro steht im Verhältnis zum Dollar noch immer über der anfänglichen „Parität“ von 1.17 und vor allem darf sich insbesondere die deutsche Exportwirtschaft (aber auch die übrigen Euro-Staaten) zunächst einmal über das neuerliche Konjunkturprogramm für die Export-Wirtschaft in Folge des „schwachen“ Euro freuen. Und auch das: Innerhalb der Euro-Zone ist Deutschland ohnehin der Profiteur gewesen, da die schwachen Euro-Länder den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht durch Währungsabwertungen ihrer früheren Lokalwährungen kompensieren konnten. Deutschland ist somit beides: Zahlmeister, aber auch Profiteur. Die deutsche Wirtschaft weiss das ganz genau – man darf es nur nicht so laut sagen! Auch die Schweiz gehört zu den Profiteuren: Nicht nur Skeptiker wechseln in den Franken und verbilligen damit indirekt auch die (Hypothekar-) Zinsen in der Schweiz. Die Währungsparitäten des Euro sind eigentlich nicht (zumindest noch nicht) das Problem, das es zu lösen (offiziell: zu „retten“) gäbe, die Schwankungsbreite liegt eben zwischen 0.80 und 1.60 - ganz im Gegenteil liegt die Gefahr für unser Geld.

Exorbitante Staatsverschuldungen weltweit: Das eigentliche Problem ist viel gravierender und keinesfalls ein spezielles Problem der Euro-Zone. Grundproblem ist, dass die staatlichen Emittenten – weltweit! – schlicht und einfach nicht in der Lage sind, ihre Verschuldung langfristig in den Griff zu bekommen. Die Bürger – weltweit – haben Ansprüche an den Staat aufgebaut, die dieser nicht erfüllen kann. Notwendig wären Steuererhöhungen und/oder kräftige Etat-Kürzungen – alles zumindest in demokratischen Staaten weltweit nicht durchsetzbar. Das ist das Problem!

Betrügerische Schneeballsysteme: Staatliche Verschuldung wird durch Staatsanleihen finanziert. Und genau genommen sind Staatsanleihen damit so etwas wie betrügerische Schneeballsysteme. Immer neues Geld wird benötigt, um die alten Schulden zu bedienen. Aus dieser Schuldenspirale gibt es definitiv kein Entrinnen.

Hauptrisiko Dollar: US-Staatsanleihen sind nach wie vor das grösste Schneeballsystem der Welt. Noch vor kurzem wurde geunkelt, dass insbesondere Japan und China (beide Länder halten je 800 Milliarden in US-Staatsanleihen) nach Auswegen aus der „Dollar-Falle“ suchen. Die aktuelle Hatz auf den Euro kommt diesen Ländern somit sehr gelegen – und ist politisch so gewollt! Fakt ist, dass im amerikanischen Staatshaushalt nach wie vor eine Zeitbombe tickt (dass z. B. Kalifornien pleite ist und letztlich nur aufgrund der impliziten Garantie durch „Washington“ weiter wurschteln kann, sei nur am Rande erwähnt).

Währungen sind weder eine Renditequelle noch eine sinnvolle Asset-Klasse auf Dauer: Eigentlich kann nur erheitern, wenn Verbraucherschützer – ganz so, wie es der mediale Trend gerade verlangt - Tipps geben, wo und wie man – günstig? – Fremdwährungskonten z. B. in US-Dollar führen könne. Diversifikation ja, langfristige Anlage in Fremdwährungen nein. Und Währungs-Spekulationen sollten sich eigentlich verbieten, weil die Spekulation in Währungen schlicht und einfach unberechenbar ist und man sich nur unnötigen, zusätzlichen Spekulationsrisiken (als würden die Probleme mit der Bonität von Papiergeld-Schuldnern nicht schon reichen) aussetzt. Okay, heute wird der Euro „gejagt“, und für einige Zeit kann man „mitspekulieren“, aber schon morgen wird es wieder der US-Dollar sein. Was ist also sinnvollerweise zu tun – mehr dazu im nächsten Geldbrief! *jur. Muc 2010 ©*

Bitte beachten: Konkrete Börseninformationen (Kauf, Verkauf und das TOP-TEN-Depot) gibt es nur im Geldbrief für Geldbrief-Abonnenten. http://www.marketlettercorp.com/product_info.php?cPath=27&products_id=154

Leseprobe Geldbrief 11/2010

Bitte beachten: Konkrete Börseninformationen (Kauf, Verkauf und das TOP-TEN-Depot) gibt es nur im Geldbrief für Geldbrief-Abonnenten. http://www.marketlettercorp.com/product_info.php?cPath=27&products_id=154

Recht vertraulich: „Euro-Schwäche“ (II)

Der „schwache“ Euro,

also der aktuelle Aussenwert des Euro zu den anderen wichtigen Währungen, ist bei den aktuellen Wechselkursen (z. B. EUR / USD = 1.22) (noch) kein ernsthaftes Problem. „Stärker dank der Euro-Schwäche“ titelte soeben die schweizerische **FINANZ und WIRTSCHAFT** und zählte insbesondere die exportlastigen deutschen Unternehmen zu den Gewinnern der Euro-Schwäche. Nochmals, wie bereits ausgeführt: Das Problem ist nicht die Euro-Schwäche, sondern die **weltweit** exorbitante Staatsverschuldung **und** wie Politiker und Notenbanken - und eben nicht nur die EZB - opportunistisch Regeln brechen. Getreu dem Motto: Was stört mich mein Geschwätz von gestern. Wichtig ist, kühlen Kopf zu bewahren:

Flucht in andere Währungen: Normalanleger, die insbesondere in Euro ihre gesamten Ausgaben tätigen, bürden sich mit der Anlage in Fremdwährungen (u. a. in Schweizer Franken und US-Dollar) nur unnötige Wechselkursrisiken auf. Nochmals deutlich: Der US-Dollar ist definitiv keine Alternative. Die dortige Staatsverschuldung wächst schneller als z. B. die von Griechenland. Ob der Schweizer Franken im Vergleich zum Euro noch nachhaltige Währungsgewinne generieren wird, ist reine Spekulation. Nur am Rande: Nirgendwo steigen die Sozialkosten prozentual so stark wie in der Schweiz. Also: Keine fragwürdigen Währungsspekulationen „aus Angst“. Eine andere Sache ist natürlich: Für grössere Anlagevermögen ist es sinnvoll und richtig, aus Gründen der Diversifikation (Risikostreuung) auch in anderen Währungen investiert zu sein. In aller Regel geschieht dieses jedoch automatisch schon allein dadurch, **indem Aktienengagements weltweit gestreut werden**. Das reicht.

(Griechische) Staatsanleihen meiden: Man kann die Dinge drehen und wenden wie man will - Griechenland wird **NIE** in der Lage sein, die aufgetürmten Schulden von 350 Mrd. Euro (vermutlich sind es sogar noch mehr) zurückzuzahlen. An einem geordneten Staatsbankrott (vermutlich Schuldenschnitt zwischen 30 bis 50 %) führt kein Weg vorbei. Ein solcher „Haircut“ - wie in der Finanzterminologie Staatsbankrott und Schuldenschnitt mittlerweile vornehm umschrieben werden - wird kommen. Daran hat das umstrittene Stabilisierungspaket von IWF und EU zugunsten der PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) definitiv nichts geändert. Der „heimliche“ Deal (zwischen EU-Staaten und Banken) ist insoweit ohnehin ein ganz anderer gewesen:

Stützung des Bankensystems: Wenn Griechenland nicht gestützt worden wäre, wären neben den griechischen Banken sofort einige deutsche und französische Banken kollabiert. Der Interbankenmarkt wäre erneut zum Stillstand gekommen, mit allen nachteiligen Folgen für das internationale Bankensystem. Der Deal war und ist, **den Banken Zeit zu geben**, damit diese nun ihre „faulen“ Kredite noch zu halbwegs vernünftigen Preisen abstossen können. Käufer werden - wie nicht? - staatliche bzw. staatgarantierte Institutionen (EZB und andere) sein. Vereinfacht gesagt ist all dies eine neue Variante, wie Banken ihre Verluste verstaatlichen können. Die Zeche zahlt damit, wie immer, letztlich der Steuerzahler.

Nur am Rande: Wenn wie vor zwei Wochen auf der Show-Bühne in Berlin der deutsche Bundesfinanzminister Schäuble sich gegenüber „Herrn Dr. Ackermann“ sehr dankbar zeigte, dass die Banken ihre eigentlich fälligen Kredite an Griechenland verlängert hätten, dann kann man eigentlich nur staunen. Vielmehr hätten Dr. Ackermann und die Banken „Herrn Dr. Schäuble“ zutiefst für das staatliche Rettungsprogramm danken müssen (siehe oben).

Im übrigen muss man nur 1 und 1 zusammenzählen sprich den gesunden Menschenverstand einsetzen: Die „Patronatserklärung“ der EU für die PIIGS-Staaten hätte ja eigentlich dazu führen müssen, dass damit diese Staatsanleihen genau so sicher sind wie deutsche Staatsanleihen. Oder anders ausgedrückt: Warum soll man niedrig verzinsliche deutsche Bundesanleihen kaufen, wenn es für obige Länder 8 % und mehr gibt, abgesichert durch deutsche Patronatserklärungen? Eigentlich müssten doch die Zinsrenditen spätestens dann gleich sein. Sind sie aber nicht, eben weil „**der Markt**“ nicht davon ausgeht, dass diese Patronatserklärungen auf Dauer haltbar sind. Oder noch anders ausgedrückt: Eben weil der Markt davon ausgeht, dass insbesondere für Griechenland ein „Haircut“ unvermeidlich ist.

Fazit: Vor dem Run auf hochprozentige Griechenland-Anleihen hatten wir ja bereits in der Ausgabe 04/2010 (viele werden noch ihr blaues Wunder erleben...!) rechtzeitig gewarnt. Diese Warnung erweitern wir auf alle hochprozentigen Staatsanleihen von PIIGS-Staaten. Die höheren Zinsen korrespondieren hier mit einem vermutlich unabwendbaren Schuldenschnitt zwischen 30 - 50 %. Und im übrigen bleiben wir dabei: Sachwerte wie Aktien können selbstverständlich in den Sog von Verschuldungskrise und damit einhergehenden konjunkturellen Belastungsfaktoren geraten, die Kurse können übermässig stark schwanken. Aber: Ein Schuldenschnitt ist mit Sachwerten wie Aktien, Immobilien und Gold nicht zu machen. Mehr dazu in Ihrem nächsten Geldbrief. *jur. Muc 2010 ©*

Bitte beachten: Konkrete Börseninformationen (Kauf, Verkauf und das TOP-TEN-Depot) gibt es nur im Geldbrief für Geldbrief-Abonnenten. http://www.marketlettercorp.com/product_info.php?cPath=27&products_id=154

Leseprobe aus dem Geldbrief 12/2010

Bitte beachten: Konkrete Börseninformationen (Kauf, Verkauf und das TOP-TEN-Depot) gibt es nur im Geldbrief für Geldbrief-Abonnenten. http://www.marketlettercorp.com/product_info.php?cPath=27&products_id=154

Recht vertraulich: Deflation, Inflation, Schuldenschnitt?

Die Inflationsangst

ist derzeit das zentrale Thema in den Finanzmedien und bei Kapitalanlegern. Zunächst einmal ist die Angst vor (Hyper-)Inflation verständlich und berechtigt: Es geht ja um unser Geld, unsere Ersparnisse. Die Notenbanken weltweit haben die Märkte nun einmal zur Stabilisierung der Weltwirtschaft mit Liquidität, mit extrem viel Liquidität geflutet – und nach gängigen Lehrmeinungen führt die gestiegene Geldmenge zu Inflation, zu extrem hoher Inflation. Aber Vorsicht. Die Dinge sind, wie so oft, komplexer und damit differenzierter zu betrachten. Es gibt gewichtige Gründe, warum die aktuelle Geldflutung nicht zwangsläufig und vor allem nicht sofort die Inflationsspirale in Gang setzen muss:

Entschuldung durch Inflation: Ein gängiges (und grundsätzlich auch nicht falsches) Argument für hohe Inflationsraten ist, dass sich die staatlichen Schuldner weltweit durch galoppierende Inflation am einfachsten – ohne parlamentarische Mehrheiten etc. – ihrer wachsenden Schuldenberge entledigen können. Die Schulden werden real entwertet. Gutes Geld wird mit schlechtem Geld zurückgezahlt. Nur: Bekanntlich („Schuldenspirale!“) benötigen Staaten immer wieder neues Geld, um ihre alten Schulden zu begleichen. Der Preis wären somit extrem höhere Zinskosten bei der Ausgabe neuer Staatsanleihen. Ergo: Die weltweite Staatsverschuldung lässt sich allein durch Inflation (bedingt durch die damit unvermeidlich kostspieligere Neuverschuldung) eben nicht so einfach weginflationieren. Und zuvor gibt es natürlich noch die Möglichkeit, „Zwangsanleihen“ (sogar mit niedrigerem Zinscoupon) herauszugeben.

Flutung der realen Wirtschaft?: Ferner wird übersehen, dass die „Geldflutung“ in der realen Wirtschaft, geschweige denn beim Verbraucher, gar nicht angekommen ist. Die vielfach gestellte Frage „wie kriegen wir die Zahnpasta zurück in die Tube?“ stellt sich bislang gar nicht. Das Geld zirkuliert **im Bankensystem** und eben nicht in der „realen Wirtschaft“. (Anmerkung: auch und gerade die Banken gehören zur „realen Wirtschaft“!). Unternehmer und Verbraucher, die mit den Banken Kreditverhandlungen führen, können davon ein Lied singen.

Aus allem folgt: Das Problem (schleichender) Inflation wird man sorgfältig im Auge behalten müssen. Vieles spricht jedoch dafür, dass die klassische Inflation (steigende Verbraucherpreise) nicht das Problem der nächsten Jahre sein wird. Nochmals: Das eigentliche Problem ist die weltweite Staatsverschuldung. Eine Möglichkeit ist, dass die Staaten versuchen, die wachsenden Schuldenberge „wegzuinflationieren“. Die Versuchung ist gross, aber langfristig ist das keine Lösung (s. o.). **Der aktuelle Trend läuft anders:** Die weltweiten Schuldenexzesse sind schon lange unbezahlbar. Ob nun China die Schulden der USA stützt, Deutschland und die EU die Schulden von Griechenland, Spanien etc., in der Sache geht es nur um eins: Pleiten werden verhindert/verzögert, indem alte Schulden mit dem Geld aus neuen Schulden beglichen werden. Diese Spirale lässt sich nicht mehr zurückdrehen.

Denken sollte man an die Worte des Ökonomen Heiner Flasbeck im SPIEGEL 17/2009: „Wenn alle pleite sind, ist keiner mehr pleite“ (vgl. Geldbrief 11/2009). Und daher bleibt es dabei, so hart wie es klingt: Die Schuldenexzesse sind definitiv nur über einen Schuldenschnitt (ob das nun Währungsreform, „Hair-Cut“, teilweiser Forderungsverzicht oder was auch immer genannt wird) zu lösen. Und das hat gravierende Auswirkungen für Ihre aktuelle Kapitalanlage. Natürlich, wie an dieser Stelle seit langem thematisiert, ergibt sich daraus zunächst einmal ganz generell der Trend zur Anlage **in Sachwerten**.

Aber Vorsicht: Die Anlage in „Rohstoffen“ gehört nur bedingt dazu, auch wenn „Rohstoff-Päpste“ wie Jim Rogers aus höchstem Eigeninteresse insoweit immer wieder anderes suggerieren und vor einem „regelrechten Inflations-Holocaust“ warnen. Gold ist kein Inflationsschutz, sondern eher als Versicherung gegen Worst-Case-Szenarien zu betrachten. Im Übrigen muss man in Gold „richtig“ investieren. Gleiches gilt für Immobilien und natürlich auch für die grundsätzlich sinnvolle Anlage in Aktien. Der oberste Grundsatz für alles muss lauten: **Diversifikation** – oder anders und besser ausgedrückt: **Klumpenrisiken vermeiden**. Dazu mehr in Ihrem nächsten Geldbrief. *jur. Muc 2010 ©*

Bitte beachten:

Konkrete Börseninformationen (Kauf, Verkauf und das TOP-TEN-Depot) gibt es nur im Geldbrief für Geldbrief-Abonnenten. http://www.marketlettercorp.com/product_info.php?cPath=27&products_id=154